

Lernen wie in der Dorfschule

Die Schule von Ralf Goebel funktioniert wie ein mittelständisches Unternehmen. Sie verfügt über Vorstand, Aufsichtsrat und Betriebsrat. Anders als seine Kollegen an staatlichen Schulen ist Ralf Goebel auch freier, was die Personalauswahl angeht. Innerhalb von einer Woche kann er gemeinsam mit dem Personalausschuss neue Lehrer ins Team holen - und auch auf ihre individuellen Bedürfnisse eingehen: "Wenn jemand nur Teilzeit arbeiten möchte oder einen Tag in der Woche frei braucht, können wir das vertraglich so regeln."

Der Grund dafür: Das Gymnasium Eichenschule in Scheeßel wird von einer Genossenschaft getragen. Um ihr Kind an der Schule anzumelden, treten Eltern ihr bei und zahlen einmalig einen Betrag von 50 Euro, den sie zurückbekommen können, wenn ihr Kind die Schullaufbahn beendet: "Die meisten lassen ihren Anteil aber bei uns", sagt Goebel. Zurzeit besuchen etwa 1 100 Schüler das Gymnasium in Scheeßel in Niedersachsen, zur Genossenschaft gehören aber 3 700 Mitglieder.

Gegründet wurde die Schule schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als neue Schulen in der Region aufgebaut werden mussten. Ein paar Bauern taten sich zusammen, um ihren Kindern die Chance auf Bildung zu ermöglichen. Sie wählten die Form einer Genossenschaft, um Mitbestimmungsrecht zu bekommen. Die Schulform ist bis heute geblieben.

Für Lehrer und Eltern hat sie viele Vorteile: Als Genossenschaftsmitglieder können sie Einfluss darauf nehmen, in welche Richtung sich die Schule entwickelt und welche neuen Konzepte angeboten werden. Für den doppelten Abiturjahrgang überlegen sie zurzeit gemeinsam, welche Zusatzangebote Schüler brauchen, wenn sie nun schon nach zwölf und nicht erst nach 13 Jahren das Abitur machen. Denkbar sei etwa ein zusätzliches Angebot im Fach Mathematik: "Das Konzept wird gemeinsam mit Eltern, Schülern und Lehrkräften erarbeitet", sagt Wolfgang Goebel.

Doch es gibt auch Nachteile, mit denen die Schule zu kämpfen hat. Vor allem was die finanzielle Ausstattung betrifft. Zwar zahlen die Eltern ein monatliches Schulgeld von 86 Euro, und die Schule wird durch staatliche Mittel unterstützt: "Wir haben aber längst nicht so viel Geld zur Verfügung wie ein staatliches Gymnasium an Kosten verursacht", sagt Ralf Goebel. Deswegen arbeite die Schule mit einer schlanken Verwaltung und sei auf das Engagement der Eltern angewiesen.

Die Zahl genossenschaftlich organisierter Schulen ist in Deutschland verschwindend gering. Der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband zählt bundesweit nur gut ein Dutzend Schulen. Die meisten von ihnen sind Waldorf-Schulen, doch ganz langsam ziehen auch andere Schulformen nach. "Sie werden in Regionen gegründet, in denen Kinder lange Schulwege zurücklegen müssen", sagt Bernhard Brauner, Gründungsberater des Genossenschaftsverbandes in Frankfurt. Oft sind auch Eltern und Lehrer die treibende Kraft, wenn sie den Wunsch haben, neue Formen des Unterrichtens zu etablieren.

Aus diesem Grund wurde die Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Schule in Wetzlar gegründet. Die Grundschule ist drei Jahre alt und hat bislang Kinder der Klassen 1 bis 3 aufgenommen. Im Internet wirbt sie mit dem Motto "Die gute alte Dorfschule von einst technisch und pädagogisch modern durchzustylen". Und das heißt: den Unterricht anders zu gestalten als herkömmliche Schulen. Maximal sieben Schüler werden pro Jahr aufgenommen. "Dadurch werden die Kinder individuell gefördert", sagt Schulleiter und Geschäftsführer Georg Arthur Pflüger.

Ein Konzept, das nicht ganz billig ist. Der Genossenschaftsanteil der Eltern beträgt 200 Euro, außerdem fallen monatliche Beiträge von 215 Euro an. Dafür können die Eltern aber auch Schulentscheidungen mit beeinflussen. "Durch ihre Genossenschaftsanteile werden sie Mitunternehmer", sagt Georg Arthur Pflüger. Und das heißt: Sie können sich in den Aufsichtsrat oder Vorstand wählen lassen und entscheiden, in welche Projekte das Geld fließt.

Wie sich die Schulform entwickeln wird, lässt sich im Moment noch nicht abschätzen. Schulleiter Georg Arthur Pflüger ist aber vom Modell überzeugt: "Eine Lernatmosphäre wie bei uns ist für Kinder und Eltern Gold wert." Vom hessischen Kultusministerium wurde die Schule genehmigt. Wird sie nach drei Jahren anerkannt, darf die Schulgenossenschaft auch auf Landesgelder hoffen.

Ein anderes Projekt verfolgt der Genossenschaftsverband Norddeutschland, bei dem gezielt Schüler ermutigt werden, eine eigene Schülerfirma zu gründen - und zwar ebenfalls als Genossenschaft: "Ziel ist, eine nachhaltige Förderung zu etablieren", sagt Sprecher Joachim Prahst. Die Schülerfirmen sind auf mehrere Jahre angelegt, Schüler von Förderschulen über Gymnasien bis hin zu Berufsschulen sind beteiligt und kümmern sich um ganz unterschiedliche Projekte: Neben kleinen Läden für Getränke oder Schulbedarf gibt es auch eine Hausaufgabenbetreuung oder eine Firma, die Senioren den Computer erklärt.

Die Startphase lief erfolgreich an, inzwischen gibt es in Niedersachsen 26 dieser Schülerfirmen, und es sollen noch einmal so viele werden. Außerdem arbeitet der Genossenschaftsverband Norddeutschland zurzeit daran, das Modell deutschlandweit zu etablieren.

BRITTA MERSCH